

Unter diesen 20 hätten $\frac{1}{10}$ nicht nur die gesammten Diäten, sondern auch noch sonstige Zuschüsse an die Parteikasse leisten können und das letzte Bohnel hätte wenigstens die Diäten zu decken vermocht. Die tabellarische Uebersicht schrumpft immer mehr zusammen. Diesmal sind wieder 17 Orte aus der Liste verschwunden. Weht das so weiter, so brauchen wir die Uebersicht nicht mehr, sondern können einfach sagen: Die bekannten zwölf Wahlkreise haben folgende Beiträge aufgebracht. Nun muß ich aber doch bitten, daß sich alle Parteigenossen klar machen: In dieser Weise kann nicht mehr weiter gewirksamkeit werden. (Bravo!)

Namens der Kontroll-Kommission berichtet

Meister: An der Geschäftsführung des Vorstandes hatten wir in keiner Weise Monita zu ziehen. Dagegen wurden wir sonst stark in Anspruch genommen. Zunächst handelte es sich um Meinungsverschiedenheiten zwischen der Berliner Preßkommission und dem Vorstande über einen Antrag der „Vorwärts“-Redakteure auf Gehaltserhöhung. Es hat eine gemeinschaftliche Sitzung der Preßkommission, des Vorstandes und der Kontrolleure stattgefunden. In separater Sitzung haben die Kontrolleure dann ihren Entscheid gefällt und sich auf die Seite der Preßkommission gestellt, weil auch sie glaubten, daß die bisher gezahlten Gehälter den Umständen nach angemessen seien. Ein weiterer Fall betraf das Königsberger Parteiorgan. Zwischen den Königsberger Genossen und dem Vorstand war eine kleine Differenz entstanden, insofern als der Vorstand geglaubt hatte, den Antrag der Königsberger ablehnen zu sollen. Die Kontrolleure hielten es aber am Plage, den Königsberger Genossen die gewünschte Unterstützung zu gewähren. Die Gründe lagen in den örtlichen Verhältnissen.

— Dann kam der Antrag der drei Hamburger Wahlkreise an, die Kontrolleure, in dem bekannten Streifsaß zu entscheiden. Die Kontrolleure haben den Antrag eingehend und gewissenhaft geprüft. Von vornherein will ich hier die Thatsache konstatieren, daß die betreffende Sitzung nicht in den Räumen des Parteivorstandes, sondern im Privatkontoir Bading's stattgefunden hat, um die Verdächtigung abzuweisen, daß dieser oder jener Einfluß eine Rolle bei der Entscheidung der Kontrolleure gespielt habe. Wir kennen ja unsere Pappenheimer. (Geisterleit.) Und daß Vorsicht am Plage war, haben wir ja später gesehen. Daß die schließliche Entscheidung der Kontrolleure die Meinungsverschiedenheiten nicht beseitigen würde, war vorauszusehen, daß aber unser Votum von den Antragstellern eine derartige Behandlung erfahren würde, wie es erfahren hat, war mehr, als wir erwarteten. Wurde doch von den Kontrolleuren behauptet, wir hätten unser Urtheil nicht erwogen, sondern nur Ordre parirt. (Ruf: Unerbört!) Ich kann mir manche Hamburger Reden nur so erklären: es war damals eine recht heiße Zeit! (Geisterleit.) Am weitesten sind einzelne Personen gegangen, die die Sache der Maurer zu der ihrigen gemacht haben. Wir verstehen nicht, woher die Personen die Berechtigung nehmen, die Kontrolleure, die ihre Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen gefällt haben, mit Beleidigungen und Verdächtigungen zu regalisieren. (Hört, hört!) Es ist noch nicht dagewesen, daß Parteigenossen, die seit langen Jahren in der Partei stehen, von sich sagen lassen müssen, sie hätten jedes Verhältniß und jede Fühlung mit der Bewegung verloren. Unsere langjährige Thätigkeit in der Partei und in der Gewerkschaft sollte uns gegen derartige Verdächtigungen schützen. (Beifall.) Recht komisch war besonders die Aeußerung einer Hamburger Genossin: „Ich weiß ja gar nicht einmal, ob irgend einer der Kontrolleure in der Gewerkschaftsbewegung thätig ist.“ (Geisterleit.) Für uns war das ein Zeichen, daß es auch in Hamburg dunkle Punkte giebt. Ich habe im Namen der Kontrolleure diese Angriffe entschieden zurückzuweisen. (Bravo!)

Weiter beschäftigte uns ein Antrag der Düsseldorfser, die materielle Hilfe für ihr Blatt verlangten. Der Vorstand hatte den Antrag angesichts der ganzen

Situation abgelehnt. Und auch die Kontrolleure haben geglaubt, für den Augenblick gleichfalls den Antrag ablehnen zu sollen. In den letzten Tagen ist uns noch ein Antrag des Genossen Wegig aus Würzen zugegangen, der seinerzeit Privatpersonen als solchen materielle Beihilfe geleistet hat und nun den Betrag von 17 500 Mk. von der Partei zurückverlangt. Wir haben beim Vorstand Interventionen eingezogen und festgestellt: der Vorstand hat seiner Zeit vor derartigen Manipulationen gewarnt und jede Verbindlichkeit abgelehnt. Die Kontrollkommission hat sich davon überzeugt, daß für die Partei keine moralische und keine gesetzliche Veranlassung vorliegt, für diesen Betrag aufzukommen. Der Antrag Wegig ist deshalb von uns abgelehnt worden. Weiter lag uns ein Antrag des Korrektors am „Vorwärts“ Wieth vor. Wieth verlangte, gestützt auf zwei ärztliche Atteste, nach dem üblichen Urlaub von drei Wochen drei weitere Wochen Urlaub. Die Preßkommission und der Vorstand lehnten das Gesuch ab und die Kontrollkommission hat beschlossen, die Angelegenheiten der neuen Kontrollkommission zur endgiltigen Entscheidung zu überweisen, die sich in Berlin über die Sachlage informieren kann. Die Sache eilt auch nicht. Wieth ist drei Wochen länger fortgeblieben und hat während dieser Zeit Vertretung gestellt. Jetzt verlangt er die Kosten ersetzt.

Der letzte Fall betrifft Vorkommnisse in Want. Ein Schiedsgericht unter Vorsitz von Gerisch hat getagt. Es handelte sich um den Ausschluß einer Anzahl kleiner Scharwerker (Unternehmer) und Arbeiter aus der Partei aus Anlaß eines Streiks. Das Schiedsgericht hat den Ausschluß der Arbeiter bestätigt, weil diese es nicht einmal für nothwendig erachtet hatten, bei dem Schiedsgericht vertreten zu sein. Wenn die Leute eine solche Anklage auf die leichte Schulter nehmen, dann dürfen auch wir annehmen, daß die Beschuldigung richtig ist. Eine Revision dieses Urtheils, soweit es die Arbeiter betrifft, ist auch bei uns von keiner Seite beantragt worden.

Anderst liegt es bei den Unternehmern. Die Wanter hatten den Ausschluß beschlossen, das Schiedsgericht hatte den Ausschluß aufgehoben, weil die Gründe dafür nicht stichhaltig seien, und nun haben die Wanter bei der Kontrollkommission die Aufhebung dieses Schiedspruchs beantragt. In der betreffenden Parteiverammlung sind merkwürdige Grundsätze laut geworden, so der: selbständige Personen, Personen, die ein eigenes Geschäft betreiben, haben überhaupt nichts in der Partei zu thun. (Geisterleit.) Ein weiterer Gesichtspunkt war: Bei jedem Streik haben die sozialdemokratischen Kleinmeister und Scharwerker die materiellen Forderungen der Arbeiter unter allen Umständen zu erfüllen. Das zeigt im Kleinen, was in der Folge Alles an uns herantreten wird. Begeben wir uns auf diese schiefe Ebene, dann wird es schwer sein, Halt zu finden. (Sehr richtig.) Die Kontrollkommission hat sich gestern dem Beschluß des Schiedsgerichts in der Wanter Angelegenheit angeschlossen. Eben erhalte ich eine Postkarte, worin mich der Vertrauensmann von Want ersucht, die Angelegenheit zur endgiltigen Entscheidung dem Parteitag zu unterbreiten. Die Sache wird den Parteitag an sich beschäftigen müssen, hängt er doch mit anderen Angelegenheiten ähnlicher Art eng zusammen.

Damit schliesse ich meinen Bericht. Ich gebe die Versicherung ab, daß die Kontrollkommission redlich bemüht war, ihre Schuldigkeit zu thun, auch wenn es ihr diesmal nicht gelungen ist, ihre Zustimmung aller Parteigenossen zu finden. Ich beantrage Namens der Kontrolleure die Entlastung des Vorstandes für seine gesammte Geschäftsführung. (Bravo!)

Einger stellt die Unterstützungsfrage für die zum Vorstandsbericht eingegangenen Anträge. Es gehören hierzu die Anträge 49 und 53, die genügend unterstützt werden. Der Antrag 98 findet nicht genügende Unterstützung.

Den Antrag 49 begründet

Ottile Waader-Berlin: Unser Antrag ist veranlaßt durch die Erfahrung